

Vorläufige



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberdruckerei Georg Brandes, Verwalter, Red. im Amm. d. Handl. L. V. Karl-Wilhelm Pätzold, Bismarckstr. 10, Berlin, W. 18. Telefon 2401-2402. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 800.

Schriftleitung Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3605. Hier das Fernverkehr Amt Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 800.

Vor Aufhebung des Stahlhelm-Verbots

Beilegung des Konfliktes Hindenburg — Braun Die Vermittlung des Reichsanstlers / Das Programm der Rheinlandfeiern bleibt unverändert

Das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dürfte von den preussischen Regierungen aufgehoben werden. Generalmajor Dr. Baentz hat auf das Schreiben des Stahlhelms vom 15. Juli hin der Bundesleitung mitgeteilt, daß er „namentlich die Möglichkeit für gegeben“ sehe, mit dem Stahlhelm zu einer Verständigung zu kommen, und hat der Bundesführung anheimgestellt, im Laufe des heutigen Tages bewillmächtigten Vertreter in das Ministerium des Innern zu entsenden. Die Besprechung zwischen dem Generalmajor und den Vertretern des Stahlhelms hat um 1 Uhr nachmittags begonnen.

Wenn die Bundesführung die Zusicherungen für die Zukunft abgibt, die von der preussischen Regierung verlangt worden sind, dann wird die Aufhebung des Verbots für Rheinland und Westfalen unmittelbar folgen. Dann fällt auch für den Reichspräsidenten der Grund für die Abgabe der Briefe nach Potsdam, Trier, Saargau und Mosel ab, den er in seinem Schreiben an den Reichspräsidenten Braun angegeben hat. Das vorläufige Programm der Rheinlandfeiern wird in vollem Umfange aufrechtzuerhalten werden.

Dr. Reichsanstler Dr. Brüning durch den Hindenburg-Brief überreicht worden ist, wie von amtlichen Stellen berichtet wird, ob er am 10. Juli mitgeteilt hat, wie von anderer Seite überhaupt wird, — ist geblieben hat er sich jedenfalls um eine Beilegung des preussischen Konfliktes bemüht. Er hat gestern abend noch den preussischen Ministerpräsidenten angeschrieben, er hat heute im Anschluß an einen Vortrag über die politische Situation beim Reichspräsidenten auch die Stahlhelm-Affäre zur Sprache gebracht. Der Reichsanstler war dazu mehrfach legitimiert. Das Verbot des Stahlhelms, das in dem Schreiben des Reichspräsidenten „als unbedenklich und im Sinne des Gesetzes gültig erachtet“ bezeichnet wird, ist im Zusammenhang zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung erlassen worden, das Kabinett-Schreiben hat sich in den letzten Monaten um die Aufhebung des Verbots bemüht; der Brief des Reichspräsidenten wird sich auch auf die Reichspolitik aus. Ungefährlieh würden die Bemühungen um eine Abklärung für die Delegationsorganen und die Vermiedung des Artikels 48 sich erfolgsreicher gestalten, wenn die spätere Bestimmung des Reichspräsidenten gegenüber der Sozialdemokratie nicht bestände.

Die Vermittlung Dr. Brünings gilt ausschließlich der Beilegung jenes Konfliktes, der durch die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes hervorgerufen worden ist. Dem die Aufhebung des Stahlhelms würde nur erfolgen, wenn der Brief des Reichspräsidenten nicht geäußert oder abgelehnt worden wäre. Die wichtigste Voraussetzung war, daß der Stahlhelm sich dazu

Vollmacht zur Auflösung

Wenn Artikel 48 nicht ausreicht

Der Reichspräsident hat dem Reichsanstler, von dem er heute einen Vortrag über die politische Lage entgegennahm, die „Vollmacht erteilt, den Artikel 48 anzuwenden, wenn alle parlamentarischen Mittel zur normalen Verabfolgung des Delegationsprogrammes vergeblich erprobt sein sollten. Er hat darüber hinaus dem Reichsanstler auch die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages erteilt, wenn das Parlament die erlassenen Notverordnungen aufheben oder einen Mißtrauensentwurf gegen die Regierung einbringen sollte. Dieses Ergebnis des Reichsanstlers beim Reichspräsidenten wird amtlich bekanntgegeben. Der Sinn dieser Vollmacht kann nur sein, daß damit auf den Reichstag ein Druck ausgeübt werden soll, nicht so sehr, um die Annahme der Delegationsorganen durchzuführen, sondern um die Aufhebung der Notverordnungen zu verhindern.

Daß der Artikel 48 „bei plötzlichen Reichstag“ in Funktion getreten wird, ist nicht anzunehmen. Es ist über die Beziehungen zwischen dem Reichsanstler und dem Führer der Sozialdemokratie berichtet worden. Ihr nächstes Ergebnis war eine schriftliche Erklärung der Sozialdemokratie an den Zentrumsvorstandenden Abg. Ellert, daß die Voraussetzung für eine Bestätigung über die Delegationsorganen der Verzicht auf die Aufhebung aller Änderungen der Vorlage über die Arbeitslosen- und die Rentenerhöhung wären.

bequem, von der seitens der preussischen Regierung Kenntnis zu nehmen. In dem Augenblick, wo er das tat, wo er einlenkte und Aufsetzungen für die Zukunft abgab, war die Reaktion des Verbotes möglich.

Das Interesse der politischen Kreise konzentriert sich deshalb auch auf die Frage, wie die inoffiziellen Mitglieder werden, die dafür sorgen, daß der Brief des Reichspräsidenten gerade in dem Augenblick in die Hände des Reichspräsidenten gelangte, in dem das Amtswort des Stahlhelms bereits unterwegs war, das der preussischen Regierung die Aufnahme der Verhandlungen mit ihm überhaupt ermöglichte.

Niemand, der vernehmungsbegeistert ist, kann den Wunsch haben, das Schauspiel inneren Kampfes, das mit dem Namenten und höflichen Ausland gegeben haben, noch zu verlängern, auch nicht die schäme Wirkung zu vermeiden, die die Abgabe des Reichspräsidenten in dem betroffenen Rheinland hervorgerufen hat, wo man sich demütert die Frage gestellt hat, ob denn der Stahlhelm, der die Befreiung von dem Sozialismus konzentriert hat, nicht auch die Befreiung von dem Sozialismus sein sollte, wie die gefürchtete Wende des Stahlhelms. Wir begreifen es, daß hinter der Affäre möglichst schnell der Schlichter gegogen werden soll, und hoffen, daß um eine ähnliche nie wieder befohlen werden wird.

Diese Mitteilung der Sozialdemokratie ist dahin bekannt gemacht worden, daß die in der Regierung vertretenen Parteien in ihrer Grundlage für weitere Verhandlungen seien. Damit ist der letzte Versuch, eine Mehrheit für die Delegationsorganen zu sichern, gescheitert. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß die Sozialdemokratie heute gegen die übrigen Artikel und Paragraphen der Delegationsorganen stimmen und sie zu Fall bringen werden.

Die Auflösung ihrer Abgeordneten wird die Regierung mit der Genehmigung der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 beantragen. Sie wird sich dabei darauf berufen können, daß der Reichstag gestern den Artikel 1 angenommen habe, in dem die Reichspräsidenten die Befugnisse zur Einkommensteuer „anzuerkennen“ sind, daß also trotz der Ablehnung der übrigen Paragraphen die a u n d s ä t z l i c h e Zustimmung des Reichstages zu diesen beiden Steuern in einem Reichspräsidenten zum Ausdruck gekommen seien.

Belagerungszustand über Alexandria

London, 16. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

In Alexandria ist heute, nach Meldungen aus Raïro, die Ruhe weitgehend äußerlich wiederhergestellt. Man hat vorläufig, um neue blutige Zusammenstöße zu vermeiden, eine Besetzung erlassen, nach der niemand nach 8 Uhr abends die Straße betreten darf. Die Zahl der Toten beträgt nach den letzten Meldungen 17, unter denen sich zwei Zivilisten und ein Geiselschiff befinden. Unter den Besatzungsmitgliedern deren Zahl sich nicht genau feststellen läßt, aber auf wenigstens 800 geschätzt werden, befinden sich der englische Kommandant der Polizei und der italienische Konsul. Wie heute mitgeteilt wird, sind bei den getretenen Kämpfen von Seiten der Regierung nur ägyptische und nicht, wie es anfänglich hieß, auch englische Truppen eingesetzt worden.

Tardieu will sparen

Paris, 16. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Ministerpräsident Tardieu läßt heute durch die offizielle Presse mitteilen, daß er sich Anfang August aufzusuchen mit seinem Subminister Germain Martin in einem ruhigen Ort der Normandie verweilen und dort das Budget für 1931 ausarbeiten werde. Er ist entschlossen, die schärfsten Sparmaßnahmen durchzuführen, damit die Gesamtsumme des Budgets unter keinen Umständen die des vorigen Jahres übersteige.

Es wird in der Tat oder Energie bedürfen, um ein neues Schema der Budgetausgaben zu entwickeln, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß der Subminister Germain Martin mit der kummervollen Frage des Budgets für die Regierung keineswegs einverstanden ist und daß er, wie das „Journal“ heute noch einmal besonders betont, hauptsächlich mit einem seiner Kollegen Differenzen habe, der für das nächste Jahr gleich mehrere Milliarden mehr angefordert habe.

Das Echo der deutschen Antwort

Ruhige Aufnahme in Paris

Paris, 16. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Antwort der Reichsregierung auf den Europa-Kommandant Brains findet in der gesamten Pariser Presse eine ruhige und — alles in allem genommen — recht freundliche Aufnahme.

Daß Deutschland seine Verhalte auf machen hat, vorbehaltlich, die man hier als den Wunsch nach einer grundsätzlichen Revision der Friedensverträge interpretiert, wird ihm selbst von der Reichspresse nicht abgesprochen. Es sei die Schuld Brains, so betonen die Blätter, Deutschland dazu wieder einmündig zu bezeichnen, gegeben zu haben.

Ein wenig leutselig allerdings ist, meint der „Paris-Post“, daß Deutschland den grundsätzlichen und durchaus konstruktiven Zustimmung zum Satz Brains so vollkommen andere Ziele in dem neuen Bund verfolgen möge. Die Kluge Zurückhaltung und Abweisung im Ton der deutschen Note, die außerordentlich gefällig abgefaßt ist, aber eine gewisse Sicherheit, daß Deutschland seine Ziele auf friedlichen Wege zu verfolgen gedachte. Diese „negative Ruhe“, die die Reichsregierung Deutschlands an gewisse Verhandlungen knüpfte, so erklärt Marcel Ray, läßt es als höchst erfreulich, daß Deutschland nach einer gewissen

Ansprache wohl Vertrauen zum neuen Europa-Bund lassen werde. Vollständig ist ein wenig also sehr von der Sorge um ein genaues Gelingen in seiner Außenpolitik befreit. Es scheint auch jetzt wieder einen allzu großen Einfluß der ehemaligen Militärs befürchten zu müssen und heute daher in Ausland ein Gegengewicht.

Beschärftete Regierungskreise in Bayern

München, 16. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die seit Wochen ununterbrochenen Schloß-Stenographen, die zum Ausgange des Beschlusses dienen soll, wurde gestern im Plenum abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei und die Deutschen Nationalen stimmen der Vorlage zu, aber die dritte Koalitionspartei, der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund, verzerrte in ihrem Widerstand. Die Deutsche Volkspartei, die Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gleichfalls gegen den Entwurf.

